

Osteuropa kompakt



Inhalt

Deutsche Übersetzung	2
Estland	2
• Änderungen des Einkommensteuergesetzes	2
Polen	3
• Zivilrechtliche Steuer auf durch Anteilseigner gewährte Darlehen	3
• Steuerpflichtige haben Anspruch auf Rückerstattung	3
• Einkommensteuer	3
• Der erste Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts bezüglich der Besteuerung von Arbeitnehmereigenbeteiligungen	3
Rumänien	4
• Änderung des Umsatzsteuervergütungsverfahrens	4
Russland	5
• Änderungen des Russischen Steuergesetzbuches (SteuerGB RF)	5
• Was ist neu?	5
• Neues Steuerbuchhaltungsverfahren für F&E Ausgaben	5
• Quellensteuerbefreiung	5
• Vergünstigungen bei der Vermögenssteuer	5
• Zeitraum der Anwendung der neuen Regelungen	5
• Was Sie jetzt wissen sollten	6
• Über F&E Ausgaben	6
• Über Quellensteuerbefreiungen	6
• Über Vergünstigungen bei der Vermögenssteuer	6
Slowakei	6
• Legislative Initiativen	6
• Verbindliche Stellungnahmen	6
• Limits für die Entrichtung von Ertragsteuervorauszahlungen	7
• Bankensteuer	7
Tschechien	7
• Ende des Superbruttolohns und weitere Folgen der Änderung des Einkommensteuergesetzes	7
• Einheitlicher Umsatzsteuer-Satz wieder einen Schritt näher	8
• Für die illegale Beschäftigung von Ausländern drohen strenge Strafen	9
Ukraine	9
• Gesetz über die Erhöhung der Höchstzahl der Teilhaber von Kapitalgesellschaften in Kraft getreten	9
• Sämtliche allgemeinen Tätigkeitsberechtigungen in einem Gesetz	9
Blog	10
Englische Übersetzung	10
Estonia	10
• Amendments in the Income Tax Act	10
Poland	10
• CLAT (Civil Law Activities Tax) on a loan granted by shareholders	10
• Taxpayers may claim a refund	10

• Personal Income Tax.....	10
• The first SAC resolution regarding taxation of the Employee Equity Plans.....	11
Romania.....	11
• Amendment of the VAT refund procedure.....	11
Russia.....	12
• Changes to the Russian Tax Code.....	12
• What's new?.....	12
• New tax accounting procedure for R&D expenses.....	12
• Withholding tax exemption.....	12
• Property tax benefits.....	12
• Period for applying new rules.....	13
• What you need to know now.....	13
• About R&D costs:.....	13
• About withholding tax exemptions:.....	13
• About property tax benefits:.....	13
Slovakia.....	13
• Legislative initiatives.....	13
• Binding opinions.....	13
• Limits on income tax advances.....	14
• Bank tax.....	14
Czech Republic.....	14
• End of super-gross wage and further changes to be introduced by the amendment of the Income Taxes Act.....	14
• One step closer to a flat VAT rate.....	15
• Employment of illegal aliens threatens severe penalties.....	15
Ukraine.....	15
• Law on increasing the maximum number of participants in LLCs came into force.....	15
• All general activity permits in one law.....	16
Blog.....	16
Ihre Ansprechpartner.....	17
Bestellung und Abbestellung.....	17

Deutsche Übersetzung

Estland

Änderungen des Einkommensteuergesetzes

Am 16. Juni 2011 hat das Parlament Änderungen des Einkommensteuergesetzes angenommen. Die folgenden Änderungen treten am 1. Januar 2012 in Kraft:

- Der jährliche Höchstbetrag einiger einzelner Steuerabzüge wird von EUR 3.196 auf EUR 1.920 reduziert. Das betrifft die steuerliche Absetzbarkeit von Hypothekenzinsen, Ausbildungskosten sowie Schenkungen und Spenden von Einzelpersonen
- Entschädigungen für die Kosten der Hochschulbildung (vom Arbeitgeber) innerhalb des Erwachsenenbildungssystems, die direkt mit den Pflichten ei-

nes Arbeitnehmers oder eines Geschäftsführungsmitglieds in Zusammenhang stehen, werden nicht als Gehaltsnebenleistungen behandelt. Zurzeit unterliegen diese Ausgaben der Gehaltsnebenkostenbesteuerung auf dem Ebene des Arbeitgebers;

- Es wird ein besonderes Besteuerungssystem für den Schnittholzverkauf entworfen. Eine Einzelperson kann innerhalb von 3 Jahren sämtliche Kosten für die Pflege von Waldbeständen von den vorher erzielten Gewinnen aus dem Schnittholzverkauf absetzen.

Des Weiteren sieht der o. g. Entwurf ab 1. Januar 2015 eine Senkung des Einkommen- sowie Körperschaftsteuersatzes von 21 % auf 20 % vor.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Villi Töntson, Telefon: +372 6141-816

Polen

Zivilrechtliche Steuer auf durch Anteilseigner gewährte Darlehen

Am 16. Juni 2011 verkündete der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil, dass die Wiedereinführung der polnischen Steuer auf privatrechtliche Transaktionen für an Unternehmen gewährte Darlehen durch ihre Anteilseigner für die Jahre 2007 und 2008 gemeinschaftsrechtswidrig war.

Steuerpflichtige haben Anspruch auf Rückerstattung

Mit seinem Urteil entscheidet der EuGH, dass das Gemeinschaftsrecht einen Mitgliedstaat von der Wiedereinführung einer Kapitalsteuer auf bestimmte Tätigkeiten ausschließt, falls dieser Mitgliedstaat vorher auf die Erhebung dieser Steuer verzichtet hat. Da Polen die Steuer auf Darlehen für Kapitalunternehmen, aufgenommen von ihren Anteilseignern, nach seinem EU-Beitritt abgeschafft hat, war die Wiedereinführung einer solchen Steuer gemeinschaftsrechtswidrig.

Dieses Urteil spielt für polnische Unternehmer eine wichtige Rolle. Die Argumente des EuGH geben den Unternehmen, welche die unzulässige Steuer gezahlt haben, die Möglichkeit, einen Antrag auf Rückerstattung mit Habenzinsen zu stellen (ohne dass die polnischen Finanzbehörden dies anzweifeln dürften). Jedoch sollten Steuerpflichtige, die die unzulässige Steuer gezahlt haben, selbst ein entsprechendes Verfahren für die Steuererklärung einleiten.

Einkommensteuer

Am 27. April 2011 erließ das Oberste Verwaltungsgericht einen, für Steuerpflichtige vorteilhaften, Beschluss von großer Bedeutung für sämtliche Arbeitnehmer mit Arbeitnehmer-eigenkapitalbeteiligungen. Am 7. Juni 2011 wurde eine schriftliche Begründung veröffentlicht.

Der erste Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts bezüglich der Besteuerung von Arbeitnehmereigenbeteiligungen

Unter anderem entschied das Oberste Verwaltungsgericht, dass ein bevorrechtigter Erwerb der Anteile eines ausländischen Unternehmens von Arbeitnehmern, die nicht bei diesem Unternehmen beschäftigt sind, kein Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit im Sinne des Artikel 12 I des Einkommensteuergesetzes darstellt.

Entsprechend des untersuchten Antrags wurden alle Beteiligungen von dem ausländischen Unternehmen gewährt und das polnische Unternehmen hatte keinen Einfluss auf die Bestimmung der Berechtigung der Arbeitnehmer zur Teilnahme an den Beteiligungsprogrammen. Die Kosten der Teilnahme der polnischen Arbeitnehmer an den Beteiligungen wurden allerdings dem polnischen Unternehmen auferlegt.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat zudem eine positive Interpretation des Artikels 24 XI des Einkommensteuergesetzes (gemäß der bis Ende 2010 geltenden Legislatur) bestätigt.

Entsprechend dieser Regelung unterliegt Einkommen, welches als Überschuss zwischen dem Marktwert der erworbenen Anteile und den Kosten für den Erwerb berechnet wurde, keiner Besteuerung zum Zeitpunkt des Erwerbs, nur zum Zeitpunkt des Verkaufs. Das Oberste Verwaltungsgericht verkündete, dass diese Regelung nicht nur auf Anteile polnischer, sondern auch auf Anteile ausländischer Unternehmen zutrifft.

Aufgrund des vorherigen, widersprüchlichen Ansatzes der polnischen Finanzbehörden hinsichtlich der Besteuerung von Arbeitnehmer-eigenbeteiligungen, ist dieser Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts von großer Bedeutung für Arbeitnehmer sowie -geber.

In der Praxis können Aussagen des oben genannten Beschlusses als Rechtfertigung der Stellung eines Steuerpflichtigen in folgenden Fällen benutzt werden:

- Bewerbung für eine individuelle Steuerauswertung,
- Klage erheben (einschließlich der Ebene des Obersten Verwaltungsgerichts), im Fall einer negativen individuellen Steuerauswertung.

Dies kommt besonders in Fällen, in denen es nicht möglich ist, den Zeitpunkt der Besteuerung (weil die Bestimmungen des Artikels 24 XI des Einkommensteuergesetzes nicht erfüllt sind) hinauszuschieben, zur Anwendung.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
 Malgorzata Jablonska, Telefon: +48 71 356-1195
 Tomasz Wolczek, Telefon: +48 71 356-1182

Rumänien

Änderung des Umsatzsteuervergütungsverfahrens

Bezüglich neuer Regelungen zur Vergütung von Umsatzsteuer wurde eine Anordnung veröffentlicht. Dies sind die wesentlichen Änderungen:

- In folgenden Situationen wird die Entscheidung zur Rückerstattung innerhalb von 5 Tagen nach Einreichung der Umsatzsteuerklärung mitgeteilt:
 - Der erstattungsfähige Umsatzsteuerbetrag beträgt höchstens RON 10.000 (ca. EUR 2.382,43);
 - Die Umsatzsteuererklärungen werden als risikoarm eingestuft;
 - Der geforderte Betrag bei der Rückerstattung übersteigt den Negative Individual Standard nicht.
- Die Bedingungen zur Anwendung des Spezialverfahrens der Umsatzsteuerrückerstattung für Exporteure wurden wie folgt abgeändert:
 - Der Wert von Exportvorgängen sowie innergemeinschaftlichen Lieferungen sollen 60 % des Kunden darstellen (vorher: 75 %);
 - Der Mindestwert von Exportvorgängen sowie innergemeinschaftlichen Lieferungen soll EUR 500.000 überschreiten (vorher: EUR 1.000.000).
- Die Steuerprüfung für große und mittelgroße Steuerpflichtige wird innerhalb von 4 Jahren nach der Gewährung der Rückerstattung durchgeführt (vorher: 2 Jahre).

- In Fällen der Aufhebung der Umsatzsteuernummer werden sämtliche negativen Umsatzsteuerbeträge, ungeachtet ihrer Werte, entsprechend des gesetzlichen Verfahrens rückerstattet.

Diese Anordnung ist erstmals anwendbar auf Umsatzsteuererklärungen für Zeiträume ab dem 1. April 2011.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Alex Massaci, Telefon: +40 21 202-8658

Russland

Änderungen des Russischen Steuergesetzbuches (SteuerGB RF)

Was ist neu?

Am 7. Juni unterzeichnete Präsident Dmitry Medvedev das Föderale Gesetz Nr. 132-FZ, welches einige wichtige Änderungen im russischen Steuerrecht einführt.

Die wichtigsten Änderungen des neuen Gesetzes sind:

- Ein neues Verfahren zur Anerkennung von F&E Ausgaben für Steuerzwecke wurde eingeführt;
- Kapitalgewinne aus dem Verkauf von Stammaktien (Beteiligungen) russischer Unternehmen und Derivate wurden von der russischen Quellensteuer befreit, vorausgesetzt diese Anteile erfüllen die Kriterien öffentlicher, an der Börse zugelassener Wertpapiere nach Artikel 280 SteuerGB RF; und
- Vergünstigung bei der Vermögenssteuer wurden für Vermögenswerte mit hochwertiger Energieeffizienz bewilligt.

Neues Steuerbuchhaltungsverfahren für F&E Ausgaben

Das neue Gesetz Nr. 132-FZ hat steuerlichen Buchhaltungsvorschriften für F&E Ausgaben gründlich überarbeitet (verglichen mit dem in der ersten Lesung akzeptierten Gesetzesentwurf und dem nun existierenden Buchhaltungsverfahren für F&E Ausgaben).

Quellensteuerbefreiung

Früher enthielt das SteuerGB RF eine Verpflichtung zum Einbehalt und zur Abfuhr von Quellensteuer auf Kapitalgewinne aus dem Verkauf von Aktien (Anteilen) russischer Unternehmen über 50 % des Vermögens (Grundbesitz in Russland sowie auf diesen Aktien (Anteilen) basierende Derivate).

Nach dem Gesetz Nr. 132-FZ sind Kapitalgewinne aus dem Verkauf von Anteilen (Beteiligungen) russischer Unternehmen und zuständiger Derivate jetzt von der Quellensteuer befreit, sofern sie die Kriterien öffentlicher, an der Börse geführter Wertpapiere nach Art. 280 SteuerGB RF erfüllen.

Vergünstigungen bei der Vermögenssteuer

Unternehmen sind mit Blick auf neu erworbenes Anlagevermögen mit (a) einer hochwertigen Energieeffizienz (gemäß Liste der Russischen Regierung) oder (b) einer hohen Energieeffizienz-kategorie (falls spezielle Kategorien für ein solches Vermögen bestehen) zur Befreiung von der Vermögenssteuer berechtigt.

Die Befreiung gilt ab dem Tag der Registrierung des berechtigten Vermögens für 3 Jahre.

Zeitraum der Anwendung der neuen Regelungen

Die neuen Regeln des Gesetzes Nr. 132-FZ bezüglich der Steuerbuchhaltung für F&E Aus-

gaben sowie den Vergünstigungen bei der Vermögenssteuer treten am 1. Januar 2012 in Kraft. Das Gesetz schreibt speziell vor, dass F&E Ausgaben mit einem angewandten Koeffizienten von 1,5, die vor dem 1. Januar 2012 entstanden sind, noch im Jahre 2011 unter die "alten" Regelungen fallen.

Die Quellensteuerbefreiung für Kapitalgewinne aus dem Verkauf von Aktien (Anteilen) russischer Unternehmen trat am 8. Juni 2011 in Kraft (offizielles Datum der Veröffentlichung des Gesetzes). Das Gesetz besagt ebenfalls, dass diese Regelungen alle Rechtsbeziehungen ab dem 1. Januar 2011 regeln.

Was Sie jetzt wissen sollten

Über F&E Ausgaben

Unternehmen, die sich in besonderer Weise mit F&E befassen, sollten die Geschäftsauswirkung der neuen Regeln für F&E Ausgaben prüfen. Die Einhaltung der neuen Regeln kann bei einigen Unternehmen eine Anpassung der internen Richtlinien und Abläufe erfordern. Unserer Meinung nach sollten hierbei die folgenden Punkte beachtet werden:

- Bestimmung von F&E Kostenpositionen für steuerliche Zwecke sowie Vorbereitung einer Begründung, warum diese Kosten F&E bezogen sind;
- Entwicklung von Verfahren zur Berichterstattung über eingeführte F&E Projekte, die im Einklang mit dem Gesetz Nr. 132-FZ sind (falls die F&E Projekte unter die genehmigte Liste der Russischen Regierung fallen);
- Wahl einer Methode der Steuerbuchhaltung für F&E Kosten für den Fall, dass ausschließlich Rechte an geistigem Eigentum erworben werden und Dokumentation der Methode in den Steuerbuchhaltungsrichtlinien;
- Bewertung der Realisierbarkeit von Rückstellungen für zukünftige F&E Ausgaben für steuerliche Zwecke sowie Entwicklung einer Methode zur Erstellung solcher Rückstellungen;
- Analytische Buchhaltung für F&E Ausgaben sowie Erstellung steuerlicher Register, die den neuen Regeln entsprechen; und
- Prüfung sonstiger Punkte (z. B. Umlegung einiger F&E Abschnitte für eine schnellere Abschreibung der entsprechenden Kosten).

Über Quellensteuerbefreiungen

Unternehmen, die Stammaktien (Beteiligungen) russischer Unternehmen im Jahr 2011 ge- und verkauft haben, sollten die möglichen Optionen einer Rückerstattung gezahlter Steuern für Transaktionen unter den "alten" Regeln prüfen.

Über Vergünstigungen bei der Vermögenssteuer

Unternehmen mit Eigentum von hochwertiger Energieeffizienz (oder einer hohen Energieeffizienz-kategorie) sollten die Möglichkeit steuerlicher Vergünstigungen prüfen und, sofern erforderlich, die entsprechenden dokumentarischen Nachweise erstellen.

Ihre Ansprechpartner in Deutschland:
Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483
Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252
Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Slowakei

Legislative Initiativen

Derzeit sind mehrere legislative Initiativen und Konzeptionen im Steuerbereich in der Diskussion.

Verbindliche Stellungnahmen

Das slowakische Finanzministerium hat nunmehr den Entwurf der Maßnahmen zur Verbesserung der Erteilung von Informationen durch die Finanz- und Steuerbehörden zur

Diskussion an andere Ministerien und staatliche Institutionen vorgelegt. In dem Entwurf wird der derzeitige Status des Zugriffs zu den von Steuerbehörden erteilten und für die Steuerpflichtigen relevanten Informationen analysiert. Das Finanzministerium hebt als eine seiner Prioritäten hervor, „das System einer eindeutigen, relevanten und zeitnahen Auslegung von Gesetzen sicherzustellen, die sich auf Steuer- und Abgabepflichten beziehen“. Eines der Instrumente zur Erreichung dieses Ziels ist die Initiative zur Einführung des Instituts der „verbindlichen Stellungnahmen“. Danach wird es für die Steuerpflichtigen möglich sein, das Finanzamt um eine für die Behörde verbindliche Stellungnahme zu ersuchen. Nach dem Konzeptentwurf ist eine solche Auskunft gebührenpflichtig; derzeit sind EUR 2.000 im Gespräch. Die Stellungnahme wird für den Steuerpflichtigen allerdings nicht verbindlich sein, wenn er damit nicht einverstanden ist. Das Konzept ist insgesamt sicher begrüßenswert, denn die Stellungnahmen können zur höheren Rechtssicherheit der Steuerpflichtigen in der Slowakei beitragen. Über die weitere Entwicklung in diesem Bereich werden wir Sie nach Veröffentlichung des Entwurfs ausführlicher informieren.

Limits für die Entrichtung von Ertragsteuervorauszahlungen

Das Finanzministerium analysiert ebenfalls die Möglichkeit der Änderung der Limits für die Entrichtung von Ertragsteuervorauszahlungen. Nach einer Analyse besteht heutzutage im Rahmen des Staatsbudgets kein Raum für die Erhöhung dieser Limits – dies bezieht sich sowohl auf die Vorauszahlungspflicht im Allgemeinen als auch auf das Limit für die monatliche Entrichtung von Vorauszahlungen, und zwar insbesondere mit Rücksicht auf die negative Auswirkung auf die Geldflüsse im Staatsbudget. Trotzdem erwägt das Finanzministerium, die derzeitigen Limits (EUR 16.596,96 und EUR 1.659,7) auf EUR 20.000 für die monatliche Vorauszahlungspflicht und auf EUR 2.000 für die vierteljährliche Vorauszahlungspflicht aufzurunden.

Bankensteuer

Das slowakische Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie hat einen Gesetzentwurf über eine Sonderabgabe für bestimmte Finanzinstitute und über die Ergänzung des Gesetzes Nr. 479/2009 GBl. über die Organe der Staatsverwaltung im Steuer- und Gebührenbereich sowie über die Änderungen und Ergänzungen einiger anderen Gesetze zur Diskussion an andere Ministerien und staatliche Institutionen vorgelegt. Der Entwurf soll eine Abgabe für Banken einführen, die in der Öffentlichkeit als sog. Bankensteuer bekannt ist. Es wird vorgeschlagen, die Abgabe aus einer Bemessungsgrundlage zu berechnen, die als Summe der Passiva der Bank abzüglich Eigenkapital und gesicherte Bankeinlagen ermittelt wird. Aus solchen bereinigten Passiva sollen Banken und Zweigniederlassungen ausländischer Banken eine Abgabe von 0,2 % zahlen. Der Gesetzentwurf regelt ebenfalls die Methode der Abgabentrachtung sowie deren Verwaltung und Kontrolle. Der Entwurf sieht ein Inkrafttreten der neuen Vorschriften am 1. Januar 2012 vor.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Tomas Alaxin, Telefon: +421 2 59 350 664

Tschechien

Ende des Superbruttolohns und weitere Folgen der Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Finanzministerium bereitet eine Änderung des Einkommensteuergesetzes und der zusammenhängenden Vorschriften vor, die viele Änderungen im Bereich der Abgabenbelastung von natürlichen Personen mitbringt. Das vorgeschlagene Datum des Inkrafttretens der Gesetzesänderung ist der 1. Januar 2013.

- Die Gesetzesänderung hebt das Konzept des Superbruttolohns auf und wird die Berechnungsgrundlagen für die Steuer und die Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge vereinheitlichen. Neu ist auch die Steuer aus dem Gesamtbetrag der Löhne (der neu vorgeschlagene Steuersatz beläuft sich auf 32 %), die den bisherigen Arbeitgeberanteil der Sozial- und Krankenversicherung ersetzen soll.

- Der Einkommensteuersatz wird auf 19 %, der Satz des Arbeitnehmeranteils der Krankenversicherung wird dann auf 6,5 % erhöht. Darüber hinaus bringt die Gesetzesänderung auch unterschiedliche maximale Jahresbemessungsgrundlagen für die Berechnung des Arbeitnehmeranteils der Versicherung mit sich: für die Sozialversicherung ist es das 48fache des Durchschnittslohns und für die Krankenversicherung das 72fache des Durchschnittslohns.
- Die Aufhebung der steuerlichen Ausnahme für Essensgutscheine soll durch die Einführung der Arbeitnehmerausgabenpauschale (es handelt sich um eine Steuerermäßigung für die Steuerzahler mit Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit) in der Höhe von CZK 3.000 kompensiert werden. Die Arbeitnehmer und deren Familienmitglieder werden nach wie vor Erholungs-, Sport- u. a. Einrichtungen oder Beiträge zu Kultur- und Sportsveranstaltungen genießen können. Die Befreiung dieser geldwerten Vorteile wird jedoch mit einem jährlichen Höchstbetrag von CZK 10.000 begrenzt.
- Für die Zukunft ist mit einer beschränkten Möglichkeit der Absetzung von Hypothekarkreditzinsen zu rechnen.
- Steuerzahler mit Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit, deren jährliche Steuerberechnungsgrundlage das 48-fache des durchschnittlichen Monatslohns übersteigt, haben zukünftig eine Steuererklärung einzureichen.
- Die Gesetzesänderung erhöht auch die Grenze für die obligatorische Zahlung der Einkommensteuervorauszahlungen und führt das System der monatlichen Vorauszahlungen ein.
- Die Frist für die Unterzeichnung des Antrags auf die Durchführung einer Jahresveranlagung wird durch diese Gesetzesänderung auf Ende Januar nach Ablauf des Kalenderjahres verkürzt.
- Die Grenze für die Möglichkeit der Absetzung von den für gesetzlich festgelegte Zwecke gewährten Schenkungen wird von 10 % auf 15 % der Steuerberechnungsgrundlage erhöht. Der Schenkungssteuersatz wird mit der Einkommensteuer vereinheitlicht und beträgt dann 19 %.
- Der Körperschaftsteuersatz bei Anteils-, Investitions- und Pensionsfonds wird auf 0 % vermindert. Es wird eine Quellensteuer für juristische Personen in der Höhe von 19 % aus den Dividendeneinkünften aus Vermögensbeteiligungen an Fonds eingeführt. Es wird dann möglich sein, eine Steuerermäßigung in der Höhe der aus gezahlten Dividenden und aus Gewinnanteilen einbehaltenen Quellensteuer geltend zu machen.
- Die Gesetzesänderung ermöglicht die Bildung von Wertberichtigungsposten ungeachtet der Forderungshöhe und ohne die Notwendigkeit, weitere Bedingungen zu erfüllen (z. B. Anmeldung im Rahmen eines Konkursverfahrens), auf Forderungen mit einer Fälligkeit von mehr als 18 bzw. 36 Monaten in der Höhe von 50 % bzw. 100 % des ausstehenden Bilanzwertes.
- Steuerliche Investitionsanreize werden aufgehoben, dafür wird eine größere Unterstützung der Forschung und Entwicklung geplant.

Einheitlicher Umsatzsteuer-Satz wieder einen Schritt näher

Das Abgeordnetenhaus verabschiedete Anfang Januar in der ersten Lesung die Umsatzsteuergesetzesänderung, gemäß derer ab dem 1. Januar 2012 der niedrige USt.-Satz 14 % betragen wird und ab 1. Januar 2013 in Tschechien nun mehr ein USt.-Satz in der Höhe von 17,5 % gelten soll.

Für die illegale Beschäftigung von Ausländern drohen strenge Strafen

Jede Arbeit, die ein Ausländer ohne gültige Aufenthaltsbewilligung für seinen Arbeitgeber ausübt, ist illegal. Die Änderung des Beschäftigungsgesetzes sieht gleichzeitig mit dieser Stellungnahme auch die Pflicht des Arbeitgebers vor, Kopien der Aufenthaltsbewilligungen von ausländischen Mitarbeitern aufzubewahren, und zwar während der Beschäftigungsdauer und weiterer 3 Jahre. Für die Verstöße gegen das Gesetz drohen strenge Sanktionen, wobei der Arbeitgeber seine Bewilligung zur Tätigkeitsausübung verliert, von der Teilnahme an öffentlichen Aufträgen oder von Beiträgen für neue Arbeitsplätze ausgeschlossen werden. Bestrafte Arbeitgeber werden außerdem keinen Anspruch auf Investitionsanreize für neue Arbeitsstellen oder für Umqualifizierung stellen können. Anreize, die höchstens 12 Monate vor der Verhängung der Strafe erteilt wurden, sind zudem vom Arbeitgeber zurückzuerstatten.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

Ukraine

Gesetz über die Erhöhung der Höchstzahl der Teilhaber von Kapitalgesellschaften in Kraft getreten

Am 11. Juni 2011 ist das Gesetz über Änderungen einiger Rechtsakte ("das Gesetz") in Kraft getreten. In diesem wird die Erhöhung der Höchstzahl von Teilhabern einer ukrainischen Kapitalgesellschaft von 10 auf 100 begründet (s. unsere Juni-Ausgabe).

Die Gründungsurkunde von Kapitalgesellschaften, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gegründet wurden, muss vor dem 1. Januar 2012 (im Abschnitt der Höchstzahl von Teilhabern der Gesellschaft) im Einklang mit den Anforderungen des Gesetzes sein (falls z. B. die Gründungsurkunde speziell auf die Begrenzung der Höchstzahl von Teilhabern auf 10 Personen verweist).

Sämtliche allgemeinen Tätigkeitsberechtigungen in einem Gesetz

Kürzlich unterzeichnete der Präsident das Gesetz über die Liste von Berechtigungen für Geschäftstätigkeiten Nr. 3392-VI vom 19. Mai 2011 ("das Gesetz"). Es wird am 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Das Gesetz definiert die Liste der erforderlichen Berechtigungen zur Ausübung der meisten Geschäftstätigkeiten in der Ukraine, mit Ausnahme einiger spezieller Tätigkeiten (wie z. B. Exportkontrolle, Steuerung von Finanzleistungen, Schutz eines fairen Wirtschaftswettbewerbs etc.). Die Anforderungen zum Erlangen der Berechtigungen für diese Tätigkeiten werden durch andere Gesetze geregelt.

Diese Vereinigung sämtlicher allgemeiner Berechtigungsanforderungen in einem Gesetz vereinfacht die Geschäftstätigkeit und hilft beim Schutz für Unternehmen vor unangemessenen Forderungen der Behörden.

Wichtig ist außerdem die Begrenzung des Gesetzes auf die Berechtigungen und dass keine Anforderungen für den Erhalt von Lizenzen genannt werden.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906-777

Blog

Zusätzliche Informationen zum Thema Osteuropa finden Sie nun auch in unserem Blog unter:

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Englische Übersetzung

Estonia

Amendments in the Income Tax Act

On 16 June 2011, the Parliament adopted the amendments to the Income Tax Act. The most important amendments will enter into force as of 1 January 2012 and are as follows:

- The ceiling for certain listed individual tax deductions will be reduced from EUR 3196 to EUR 1920. This will affect the tax deductibility of mortgage interest, education expenses and gifts and donations made in the established order;
- The compensation of costs by the employer for the degree education within the adult education system related directly to the duties of an employee or a director will not be treated as fringe benefits. Currently, these expenses are subject to fringe benefit taxation at the level of the employer;
- A special taxation regime will be created for the cut timber sale. An individual may within three years deduct any forest maintenance costs from the gains previously received from the cut timber sale.

Furthermore, the above referred amendments provide for the reduction of individual and corporate income tax rate from 21 % to 20 % as of 1 January 2015.

Poland

CLAT (Civil Law Activities Tax) on a loan granted by shareholders

On 16 June 2011 the Court of Justice of the European Union ('CJEU') issued a verdict stating that the reintroduction of Poland's tax on civil law transactions imposed on loans granted to companies by their shareholders for the years 2007 and 2008 was contrary to Community law.

Taxpayers may claim a refund

In its verdict the CJEU ruled that Community law precludes a Member State from reintroducing a capital duty on certain activities if that Member State has previously waived the levying of that tax. Consequently, since Poland after its accession to the European Union abolished the tax on loans taken up by a capital company from its shareholder, reintroducing of such tax was contrary to Community Law.

Personal Income Tax

On 27 April 2011, the Supreme Administrative Court ("SAC") issued a resolution favourable for a taxpayer having great importance to all employees participating in Employee Equity Plans ("EEP") (ref. II FSK 1410/10). On 7 June 2011 a written justification of the resolution

was published.

The first SAC resolution regarding taxation of the Employee Equity Plans

The SAC stated among others that preferential acquisition of a foreign company's shares by employees who are not employed by this company does not constitute employment income within the meaning of the Article 12 Paragraph 1 of the Personal Income Tax Act ("PIT Act").

According to the application investigated by the SAC, all plans were approved by the foreign company and the Polish company had no influence on the appointment of the employees entitled to participate in the plans. However, the costs of participation of the Polish employees in the plans were cross charged to the Polish company.

The SAC has also confirmed a favourable interpretation of the Article 24 Paragraph 11 of the PIT Act (according to the legislation remaining in force until the end of 2010).

According to this provision, income calculated as surplus between the market value of the acquired shares and the costs incurred on their acquisition is not subject to taxation at the moment of acquisition of the shares, but only when they are sold. The SAC stated that this applies not only to the shares of Polish companies, but also to foreign companies' shares.

Due to the previously presented by the Polish tax authorities inconsistent approach regarding taxation of EEP, the resolution of the SAC is very important for both employees and their employers.

In practice, thesis resulting from the above resolution may be used as a justification of the position of the taxpayer in case of:

- applying for an individual tax interpretation,
- taking legal action (including the level of the SAC), in case of receiving an unfavourable individual tax interpretation.

This applies in particular in cases where it is not possible to defer the moment of taxation due to the fact that the conditions stipulated in the Article 24 Paragraph 11 of the PIT Act are not met.

Romania

Amendment of the VAT refund procedure

An Order has been published introducing new rules regarding the refund of value added tax ("VAT"). The main amendments brought by this Order are:

- The reimbursement decision will be issued within five days of submitting the VAT return in the following situations:
 - The VAT refundable amount is equal to RON 10,000 or lower;
 - The VAT returns are considered to be of low financial risk;
 - The amount requested at reimbursement does not exceed the value of the Negative Individual Standard.
- The conditions for applying the special procedure of VAT reimbursement for exporters was modified as follows:
 - The value of the export operations and intra-community supplies should

represent 60 % of the client (previously 75 %);

- The minimum value of export operations and intra-community supplies should exceed EUR 500,000 (previously EUR 1,000,000).
- The tax inspection for large and medium taxpayers will be performed within four years of the reimbursement being approved (previously 2 years).
- In cases of annulment of the VAT number, all the negative VAT amounts, irrespective of their value, will be reimbursed in accordance with the general procedure stipulated by the Law.

The Order is applicable starting with the VAT returns related to April 2011.

Russia

Changes to the Russian Tax Code

What's new?

On 7 June, Russian President Dmitry Medvedev signed Federal Law No. 132-FZ [1], which introduces several significant changes in tax rules.

The most significant changes introduced by this new law are:

- a new procedure for recognition of R&D expenses for tax purposes has been established;
- capital gains from disposals of equity shares (interests) in Russian companies and relevant derivatives have been exempted from Russian withholding tax, provided such shares qualify as publicly listed securities under Article 280 of the Tax Code; and
- property tax benefits have been granted for assets with a high level/class of energy efficiency.

New tax accounting procedure for R&D expenses

The new Law No. 132-FZ has thoroughly revised the R&D expense tax accounting procedure (compared to both the version in the bill, which passed its first reading, and the existing R&D expense tax accounting procedure).

Withholding tax exemption

Previously, the Tax Code provided for the obligation of accruing and paying withholding tax on capital gains from disposals of equity shares (interest) in Russian companies, over 50 % of whose assets are real property located in Russia, as well as derivatives based on such shares (interest).

Under Law No. 132-FZ, capital gains from disposals of shares (interest) in Russian companies and relevant derivatives are now exempt from withholding tax if these shares qualify as publicly listed securities under Article 280 of the Tax Code.

Property tax benefits

Companies are eligible for property tax exemption with regard to newly acquired fixed assets with (a) a high level of energy efficiency in accordance with the Russian Government's list of such assets, or (b) a high class of energy efficiency if specific classes of energy efficiency are defined for such assets.

The exemption is granted for a period of three years from the day eligible assets are registered.

Period for applying new rules

Law No. 132-FZ's new rules for R&D cost tax accounting and property tax benefits take effect on 1 January 2012. The Law specifically stipulates, however, that R&D costs with an applied coefficient of 1.5 that originated before 1 January 2012 still come under the "old" rules in effect during 2011.

Law No. 132-FZ's withholding tax exemption for capital gains from disposals of shares (interest) in Russian companies took effect on 8 June 2011, the Law's official date of publication. The Law also states that these rules govern all legal relations originating from 1 January 2011.

What you need to know now

About R&D costs:

Companies with an active R&D programme should assess the business impact of the new rules for accounting R&D costs. Compliance with the new rules may require companies to adjust their internal policies and procedures. In our view, such companies should consider the following issues:

- determine R&D cost items for tax purposes and prepare substantiation that such costs are R&D-related;
- prepare procedures for generating reports on implemented R&D projects that comply with Law No. 132-FZ (if the R&D projects come under the Russian Government's approved list);
- select a method of tax accounting for R&D costs in case exclusive rights to intellectual property are obtained, and document the method in your tax accounting policy;
- assess the feasibility of creating provisions for future R&D expenses for tax purposes, and develop a method for creating such provisions;
- elaborate the organisation of analytical accounting for R&D expenses and the preparation of tax registers that meet the new requirements; and
- think through other issues (e.g. allocating certain R&D stages for quicker deduction of the relevant costs).

About withholding tax exemptions:

Companies that bought and sold equity shares (interest) in Russian companies in 2011 should assess the available options for obtaining refunds for taxes paid on such transactions under the "old" rules.

About property tax benefits:

Companies that operate properties with high levels of energy efficiency (high class of energy efficiency) should look at the feasibility of using the new benefits and, if necessary, prepare relevant documented substantiation.

Slovakia

Legislative initiatives

A number of legislative initiatives and policies are currently being instigated within the area of tax.

Binding opinions

The Ministry of Finance ("MF") has released for comment a proposal of measures to improve the system of providing information by tax and customs administration, which seems to be mainly of interest from a taxpayer's point of view. In this material, MF analyses the current status of sharing information relevant for taxpayers from the point of view of tax administration. MF highlights as one of the priorities the need "to sustain a system of clear, relevant and timely interpretation of acts relating to tax and social security

contribution obligations.". One of the means to achieve this goal is the initiative focusing on the implementation of so called 'binding opinions'. According to this proposal, taxpayers would be able to request a binding opinion from the tax office, and the tax office would be bound by that opinion. Tax authorities would charge EUR 2,000 for issuing the opinion. The standpoint would not be binding for the taxpayer, if he/she does not agree with the conclusions within the opinion. Opinions may contribute to greater legal certainty for taxpayers in Slovakia. Therefore, the implementation of this institution to Slovak tax practice is, in our opinion, more than welcome. We will inform you about further developments in this area after the articulated version of this proposal is published.

Limits on income tax advances

MF has also analysed the option to change the limits for paying income tax advances. According to their analysis, there is currently no space within the state budget to increase the threshold for paying advances. This applies to the limit for both the obligation for general advances and the limit for paying advances on a monthly basis. This conclusion is implied by the potential negative impact on state budget cash-flows. On the other hand, MF is considering rounding up the current limits (EUR 16,596.96 and EUR 1,659.7) to EUR 20,000 for monthly advance tax liabilities, and EUR 2,000 for quarterly advance tax liabilities.

Bank tax

The Slovak Ministry of labour, social affairs and family submitted a legislation draft of a specific levy for selected financial institutions which also amends Act no. 479/2009 Z. z. on State administration within taxes and charges and certain acts for the inter-ministerial commenting procedure. The proposal may establish a specific bank levy, which is publicly known as the bank tax. It is suggested that the levy will be calculated from a base which will be the sum of bank liabilities decreased by equity and secured bank deposits. From these net liabilities, the banks and subsidiaries of foreign banks will pay 0.2 %. The proposed act also regulates the means of paying levies as well as their administration and audit. The act should become effective as of 1 January 2012.

Czech Republic

End of super-gross wage and further changes to be introduced by the amendment of the Income Taxes Act

The Czech Ministry of Finance is drafting an amendment to the Income Taxes Act and related legislation that will bring many changes in the area of personal taxation. The effective date of the amendment is suggested to be 1 January 2013.

- The amendment cancels the concept of a super-gross wage and will unify the base for the calculation of the tax and health and social insurance. Newly, the tax from total wages should be introduced (suggested tax rate of 32 %) that should replace social and health insurance paid by the employer.
- The rate of personal income tax will be increased to 19 %, and the rate for health insurance paid by the employee will be increased to 6,5 %. In addition, the amendment also provides different maximum annual assessment bases for calculating the premiums paid by employees – social insurance at 48 times the average wage and health insurance at 72 times the average wage.
- Abolition of the tax exemption on food vouchers should be compensated by the introduction of an employee expenditure lump sum (this is a tax credit for taxpayers with income from employment) in the amount of CZK 3,000 per year. Employees and their families can continue to enjoy recreational and sporting facilities, etc., or contributions to cultural and sporting events. Exemption of this non-monetary income will, however, be limited to the maximum annual amount of CZK 10,000.
- In the future, we must expect the possibility of a limited deduction of interest on

mortgage loans.

- Taxpayers with income from employment, whose annual tax base exceeds 48 times the average monthly wage, must newly submit a tax return.
- The amendment also increases the threshold for payment of income tax advances and introduces a system for monthly advance payments.
- The deadline for signing applications for the annual settlement is being shortened to the end of January following the calendar year in question.
- The limit for the possibility to deduct gifts provided for the purposes set up by the law will be increased from 10 % to 15 % from the tax base. The amount of the gift tax will be unified with income tax to 19 %.
- The tax rate on income from mutual, investment and pension funds will be decreased to 0 %. Withholding tax for legal entities in the amount of 19 % will be introduced on dividend income from investment funds. Newly, it will be possible to claim a tax credit of tax deducted from dividends and profit shares.
- The amendment allows the creation of adjustments regardless of the amount of the claim and without the need to meet additional conditions (such as logging in bankruptcy) – with respect to claims older than 18 months, or respectively 36 months, from the due date in the amount of 50 %, or respectively 100 %, of the outstanding balance value.
- Tax investment incentives will be cancelled, while greater support is planned for research and development.

One step closer to a flat VAT rate

The Czech Parliament approved the first reading of the amendment to the VAT Act yesterday, according to which the reduced VAT of 14 % will apply as of 1 January 2012, and, as of 1 January 2013, only one VAT rate of 17,5 % will apply in the Czech Republic.

Employment of illegal aliens threatens severe penalties

Work performed for an employer by an alien without a valid residence permit is illegal. An amendment to the Employment Act, together with this standpoint, determines the obligation of employers to retain copies of residence permits for foreign workers for the period of employment and the next 3 years. Violation of the law threatens severe penalties – an employer could lose the licence to practice, may be excluded from participation in public procurement or would have to say goodbye to contributions to new jobs. Penalised employers will also not be eligible for investment incentives for new jobs or for requalification. Incentives are granted for 12 months before issuing a fine, then the employer is obliged to return them.

Ukraine

Law on increasing the maximum number of participants in LLCs came into force

On 11 June 2011 the Law on amendments to certain legislative acts ("the Law") establishing the increase of the maximum number of participants in a Ukrainian Limited Liability Company ("LLC") from 10 to 100 came into force (see our June issue).

It is mandatory for LLCs established before the Law came into effect to bring their charters (in the part of the maximum number of participants in LLCs) in compliance with requirements of the Law before 1 January 2012 (if, e.g. the charter specifically references that the maximum number of participants is limited to 10).

All general activity permits in one law

Recently the President signed the Law On the List of Permits for Business Activity No. 3392-VI of 19 May 2011 ("the Law"). The Law will come into legal force starting from 1 January 2012.

The Law defines the list of permits required for performance of most business activity in Ukraine, except for certain specified activities, e.g. exports control, regulation of financial services, protection of fair economic competition, etc. Requirements to obtain permits for these activities shall be governed by other laws.

Such consolidation of general permit requirements in one law will simplify business activity and help to protect companies from unreasonable claims from the authorities.

It is also important to note that the Law is limited to permits and does not address requirements regarding obtaining licenses.

Blog

Please visit our blog for additional information about Eastern Europe.

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Ihre Ansprechpartner

Monika Diekert

Tel.: +49 30 2636-5225

diekert.monika@de.pwc.com

Tanja Galander

Tel.: +49 30 2636-5483

tanja.galander@de.pwc.com

Daniel Kast

Tel.: +49 30 2636-5252

daniel.kast@de.pwc.com

Stanislav Rogojine

Tel.: +49 30 2636-5207

stanislav.rogojine@de.pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Osteuropa kompakt* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: cornelia.herwig@de.pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Mai 2011 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten. „PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.